

Die „Volkskraft“ erscheint täglich...
Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 26 Pf.,
Postzeitungslite Nr. 5170.

Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserentengebühr...
Interesse für die...
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Erpedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 106.

Montag, den 24. August 1903.

14. Jahrgang.

Der fünfzigste Katholikentag

nahm am gestrigen Sonntag in Köln seinen Anfang. In der Einladung, die das Lokalkomitee vor einigen Wochen erlassen hat, wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Katholiken dem Aulse „zahlreich wie nie zuvor“ folgen und die Kölner Tage zu einem „weit sichtbaren Denkmal der katholischen Bewegung gestalten werden.“

Dieser Erwartung wird ohne allen Zweifel entsprochen werden. In unserer reifen und schaulustigen Zeit ist es gerade kein Kunststück, zehn-, zwanzig- oder dreißigttausend Menschen auf einen Haufen zusammenzubringen, zumal wenn man in der Herrichtung von Fest- und Feierlichkeiten eine so bewährte Methode wie der Rheinländer, insbesondere der Kölner, hat und darin unterstützt wird durch die Kirche.

Die Masse muß es bringen! Nach diesem Motto verfahren die Macher der Katholikentage unserer Zeit. Ehm- und glanzvoll muß es zugehen in der jeweils ausgewählten Stadt der General-Versammlung der Katholiken Deutschlands. Völlergeschleife, Glockengeläute und Trompeten-Geschmetter; die Straßen ein Wald und in den Lüften Fahnen an Fahnen; Requiem am Morgen, Festkommers am Abend, dazwischen die Prunkreden auserlesener Parler- und Kirchen- großen. Das ist die Art, Massen zusammenzubringen, Massen zu unterhalten und sie heimzuschicken mit der Ueberzeugung: Groß ist die Macht des Zentrums und unerreichbar die Herrlichkeit der Kirche!

Der Kölner Katholikentag dauert, abgesehen von der Begrüßungsfeier am Sonntag, vier Tage. An diesen vier Tagen finden statt vier geschlossene, vier öffentliche Generalversammlungen, fünf Sitzungen der Ausschüsse, ein Pontificalamt, ein Hochamt, ein Requiem und eine Messe, weiter ein Festabend mit Festspiel, ein Gartenfest und ein Festmahl — das ist der eigentliche Katholikentag. Außerdem verzeichnet das Programm noch eine ganze Reihe von nebenher gehenden Veranstaltungen: einen Festzug, elf Festversammlungen, sechs Generalversammlungen, acht Versammlungen, vier Kommerse usw. — kurzum ein politischer Jahrmarkt, wie er barmherziger nicht gedacht werden kann. Was dabei an wirklich ernster Arbeit geleistet, was dabei an geistiger Ausbeute für die Beteiligten erzielt wird, das bedarf keiner näheren Erörterung.

Die Katholikentage entsprechen dem Wesen des Klerikalismus, der mit groben und äußerlichen Mitteln arbeitet, der die Masse je nach Belieben in Befähigung oder in Verzückung versetzt, aber immer darauf bedacht ist, sie nicht zum Denken kommen zu lassen — und in diesem Sinne werden sich auch die Kölner Tage nach der Erwartung des Lokalkomitees zu einem „weit sichtbaren Denkmal der katholischen Bewegung“ gestalten.

Die Wiege der Katholikentage ist Mainz. Und zwar in doppelter Hinsicht. Der nach den Märztagen des Jahres 1848 in Mainz gegründete Biusverein war es, der um jene

Zeit im Kreise der Vereine ähnlicher Art den Gedanken zu engerem Anschluß durch jährliche Zusammenkünfte anregte. Und Mainz, das goldene zubenannt, war auch die Stadt, wo der erste Katholikentag, oder wie es damals hieß: die erste Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands stattfand.

„Die menschliche Gesellschaft ist auf den Bahnen des Unchristentums in das höchste geistige und leibliche Elend geraten; verzwirkelt steht die Welt am Rande des Abgrundes und weiß nicht zu helfen; kein Staat, kein Gesetz kann die sozialen Fragen lösen. Wohl, das Christentum, die Kirche wird sie lösen, und wir müssen und wollen sie lösen, vor allem durch werktätige Liebe.“

Dieser Satz in der einleitenden Beigabe des amtlichen Berichtes vom ersten Katholikentage war das Leitmotiv nicht nur der Mainzer Verhandlungen, sondern ist es auch geblieben die Katholikentage der folgenden Jahrzehnte bis heute, und wird es auch wieder sein in Köln, in den Tagen der fünfzigsten Jubelfeier. Man brauchte diesem Ruf: Zurück zur Kirche! nicht allzu große Beachtung beizulegen, wenn man nicht wüßte, daß sich dahinter ein anderes Programm verbirgt: die Reaktion auf der ganzen Linie, die Rückwärtsentwicklung unserer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Entwicklung!

Die Kirche wird die soziale Frage lösen. Aber wie? Nicht im Sinne der Befreiung der Arbeiterklasse, nicht im Sinne der Gleichberechtigung aller — sondern im Sinne der klerikalen Weltanschauung, deren erster Grundsatz die Autorität, die Unterordnung ist, die den Unterschied zwischen arm und reich, zwischen hoch und niedrig, also die Klassenherrschaft als göttliche, d. h. ewige Einrichtung anerkennt.

Nichts ist für die Auffassung, die der Klerikalismus von der sozialen Frage hat, bezeichnender als die Art, wie der erste Katholikentag sich damit abwand. Am 4. Oktober fand eine allgemeine Versammlung statt, zu der auch 23 Mitglieder der Frankfurter Parlamente erschienen waren. Der amtliche Bericht bezeichnet diese Veranstaltung als den „geistigen Brennpunkt und Sammelpunkt der frohen und wiederum so ernsten Tage.“ Nach der Versammlung vereinigten sich die Teilnehmer zu einem Festmahl, darüber heißt es im Bericht:

„Bei dieser Gelegenheit muß noch ein tief charakteristischer Zug hervorgehoben werden, der allseitig und überall, ganz besonders an diesem herrlichen Nachmittage hervortrat: es ist der Zug zum Volke, zum armen Volke hin... Dieser Gedanke und dieses Gefühl kam in einer Reihe von Reden und Trinksprüchen zur Geltung. Bei den Worten hatte es jedoch nicht sein Bewenden: der edle Abgeordnete, der den Armen ein Hoch brachte, begleitete es sogleich durch eine Sammlung, welche eine namhafte Summe ergab. Durch alles dieses ist auch für die ständige Wirksamkeit der katholischen Vereine ein wichtiger Fingerzeig gegeben.“

Es ist immerhin von Interesse zu erfahren, daß den klerikalen Gesellschaftsleitern das Bewußtsein von der Not des Volkes beim Festmahl, hinter üppigen Schüsseln und vollen Flaschen, aufging. Der edle Abgeordnete, der den Armen ein Hoch ausbrachte, war der Herr von Ketteler, damals noch einfacher Landpfarrer, später Bischof von Mainz

und Wortführer des Klerikalsozialismus. Er sprach die Erwartung aus, die Anwesenden würden „in der für uns so frohen Stunde mit Herz und Hand zum Wohle des armen Volkes wirken, der Armut helfend zur Seite treten. Und in dieser Befinnung bringe ich den Armen des deutschen Volkes in Ihrer Mitte ein Hoch aus.“

Die „namhafte“ Summe, die die Sammlung zur Linderung der Not der Armen ergab, betrug 125 Gulden 12 Kreuzer. Man sieht, der Klerikalismus hat sich seine „soziale Gesinnung“ nicht viel kosten lassen, und so mancherlei Wandlungen er auch durchgemacht hat, hierin ist er sich treu geblieben.

Von der sozialen Frage, deren „Lösung“ in Mainz in so merkwürdiger Weise eingeleitet wurde, hört man auf den folgenden Katholikentagen recht wenig, sozusagen garnichts. Erst als Bassalle mit seiner Agitation einsetzte, da wurde es auch unter den Klerikalen lebendig. Die Katholikentage von Frankfurt a. M. (September 1862) und der von Würzburg (September 1864) widmeten der Arbeiterpolitik einen ziemlich breiten Raum, kamen aber nach höchst kindlichen Reberien und wunderlichen Anträgen nicht über Resolutions hinaus, die das Studium der sozialen Frage als dringlich empfahlen. Viel weiter war man auch 1871 noch nicht; der damals wiederum in Mainz tagende Katholikentag empfahl die Gründung christlich-sozialer Vereine und einer Erhebung über die Lage der Arbeiter zur Schaffung eines Arbeiterrechts.

Die Katholikentage, die in den sechziger Jahren so ziemlich verhandelt waren, gewannen durch den Anfang der siebziger Jahre auffommenden Kulturkampf wieder an Bedeutung. Die Glanzzeiten des Zentrums spiegeln sich auch in den Katholikentagen, die als die Vereintage des Zentrums zu gelten haben, wieder. Aber wie das Zentrum die Massen nur als Wähler, als Stimmvieh zu schätzen weiß, so dienten sie bei den Katholikentagen nur als Statisten, als Mannschaften für die Festzüge, als Beifallsspender in den öffentlichen Versammlungen. Und wenn in der Folge sich das Zentrum — nicht aus gutem Willen, sondern durch den Zwang der Verhältnisse — veranlaßt sah, sich mehr mit der Arbeiterpolitik zu beschäftigen, so geschah das, wie im Parlament, wie auf den Katholikentagen, in jener Herablassung, die keine Gleichberechtigung der Arbeiter kennt, die die Arbeiterfürsorge nur als Wohlthätigkeit betrachtet — wie es denn bezeichnend ist, daß die Katholikentage die sozialpolitischen Angelegenheiten unter die Abteilung „Charitas“ gruppieren; erst seit wenigen Jahren erfährt die Sozialpolitik eine gesonderte Behandlung.

In den öffentlichen Generalversammlungen, die den Paradedarstellungen vorbehalten blieben, kamen Arbeiter ebensowenig zu Wort wie in den geschlossenen, wo hinter gesperrten Türen der klerikale Klänge waltete. Auch das ist jetzt anders geworden. Man räumt den katholischen Arbeitern ein wenig auch sehr bescheidenes Plätzchen auf den Katholikentagen ein. Einer der ihrigen darf sich an verlorener Stelle in den großen Versammlungen hören lassen, und seit sie gewerkschaftlich organisiert

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

„Geflogen!“ rief der alte Stefan mit durchdringender Stimme. „Mensch, denke an Gott!“
„Ja“, sagte Taras, „er läte gut daran... Indes, wir wollen seine beiden Zeugen hören.“
Wieder ward es still in dem weiten, von dem Lichte der qualmenden Fackel unklar erleuchteten Gemach. Aber allmählich wachte sich in diese rote Glut ein anderes, reineres Licht, der Morgenstern, und wurde immer stärker. Als endlich Juko und Jacel mit den anderen Zeugen eintrafen, war es bereits letzter Tag geworden.
Furchtlos traten die beiden Männer ein. Sie ahnten nicht, wozu man sie herufen, und saßen erdrecht zusammen, als sie erfuhren, daß der Richter ihre Zeugnenschaft angriffen. „Wir?“ riefen sie, „wie kommen wir dazu?“
„Das ist gleichgültig“, sagte Taras und nahm auch ihnen den Schwur ab, die Wahrheit zu sagen. „Und nun — was ist eure Meinung über den Mann hier?“
Sie schwiegen eine Weile, bis endlich Jwan herausplagte: „Nun — der leibhaftige Teufel!“
„Ja — der Teufel!“ wiederholte Sawrilo eifrig.
„Wünschst Du sie zu befragen?“ wendete sich Taras an Sanech.
„Nein!“ erwiderte dieser mit ruhiger Stimme. Auch jetzt noch verließ den eisernen Mann die Fassung nicht. Sein Knie lag wie das eines Toten, aber um seine Lippen spielte ein Lächeln, freilich ein grauenvolles, entsetzliches Lächeln. „Ich habe mich verrecknet!“ sagte er halbamt vor sich hin. „Verrecknet — verrecknet!“ wiederholte er; es war, als spräche er mit sich selbst.
Taras wendete sich an die Männer: „Es ist meine Ueberzeugung, daß dieser Mensch den Tod verdient. Wer anders denkt, der rede!“
Keiner regte sich; es war totensill im Gemach. Nur von der Ebene her drang durch das offene Fenster das Tirillern der Pferde, die jubelnd die junge Sonne begrüßten.
Taras blickte auf die Wanduhr. „Richter!“ sagte er, „es fehlen sechs Minuten auf fünf. Diese Minuten will ich Dir schenken, Deine arme Seele Gott zu empfehlen.“
Auch nun blieb der Mann stoll und aufrecht wie bisher. „Verrecknet!“ wiederholte er noch einmal, dann griff er in eine Tasche seines Gewandes und führte bligschnell ein Fläschchen an seine Lippen. Bekräftigt eilten die Männer herbei, es war zu spät, ihnen fiel nur eine Leiche in die Arme.

„Wie schade“, rief Jacel, „nun können wir ihn doch nicht baumeln sehen!“
„Schweig“, herrschte ihm Taras zu. „Er war ein Schurke, aber ein Mann! Bettet ihn aufs Lager!... Einiges können wir alle von ihm lernen: wie man sterben soll, wenn es sein muß!“
Er wendete sich zum Richter. „Nun noch Eins. Das Dorf ist durch den Toten schwer geschädigt worden. Du wirst kein Geld in meiner Gegenwart übernehmen, verteile es gerecht... Eins und Familien, durchsucht das Nebenzimmer!“
„Darfen wir Dir nicht einen Teil anbieten?“ fragte der Richter, „es wäre so recht und billig.“
„Nein“, erwiderte Taras, „keinen Heller!“
„Oder doch Deine Leute beschenken?“
„Nein — sie sind keine gedungenen Mörder — sondern Rächer.“
„Aber wozu sollt Ihr leben?“
„Von dem Meinen, so lange es reicht, und dann werden sich wohl andere opferwillige Leute finden.“
Stas und Familien traten ein. „Nur hier scheint Geld zu sein“, meldete Stas und setzte eine kleine Kaffette auf den Tisch.
„Spränge das Ritzchen auf“, sagte Taras zum Richter, „ich rühre nicht daran.“
Der Greis konnte es mit seinen zitternden Händen nicht zu Stande bringen, bis Jacel ihm half. Als der Deckel aufsprang, zeigte sich darin nur ein kleines Päckchen Banknoten, hingegen einen Haufen Wechsel und Wertpapiere. „Für uns ist nur das Geld nötig“, sagte der Richter und begann die Noten zu zählen. „Reider nur ein-tausendzwanzig Gulden“, meldete er, „der Schaden des Dorfes beträgt das Zwanzigfache.“
Der alte Familien war bleich und erregt, wie in schwerem inneren Kampfe, abseits gestanden. Nun trat er an Taras heran. „Denn!“ sagte er ägernd, „ich wollte es Dir erst später sagen, aber nun sehe ich: es muß gleich sein! Stas hat eine Backstafche, welche auf der Kaffette lag, zu sich gegriffen — ich habe es demüthig gefehen.“
Taras wurde furchtbar blaß und taumelte einen Schritt zurück. „St — das — wahr?“ fragte er fast stammelnd.
Stas laut vor ihm auf die Knie. „Verzeih, Herr“, warmlerte er zitternd. „Die Versuchung — habe Gnade!“
Taras fuhr sich mit der Hand über die Stirn. „Wo ist die Tasche?“ fragte er wüthsam.
Der Knecht reichte sie ihm.
„Nimm Du sie, Richter... zähle auch dies.“
„Siebzehn Gulden“, meldete der Greis.
„Gut, lege es zu dem Uebrigen.“ Er stieß es heiser hervor, „we werkschbare Erregung rüttelte seinen Körper.“ „Stas“, sagte er

in demselben heiseren Tone, „es tut mir leid am Dich. Du hast viel Unglück erlebt und mußt nun so schmachlich sterben. Aber ich kann Dir nicht helfen — sprich Dein letztes Gebet, Stas!“
„Gnade“, wimmerte der Unglückliche, und auch die Anderen baten: „Gnade, verzeih ihm diesmal!“
„Ich kann ja nicht“, sagte Taras fast tonlos und wachte sich den Angktschweiß von der Stirn. „Wenn ich es könnte, wie gerne verzeihe ich. Aber die heilige Sache — — Bete, Mann!“
„Gnade!“ wimmerte Stas noch einmal und fiel dann ohnmächtig zu seinen Füßen nieder.
Taras trat einen Schritt zurück und brückte seine Pistole gegen den Reglosen ab. Die Kugel traf ins Hinterhaupt, der Mann war binnen einer Sekunde tot. Ein Schrei des Entsetzens rief die Anwesenden. Dann wurde es wieder still, und man vernahm nur den Gesang der Pferde von der Ebene her.
„Er hat nicht selbst beten können“, sagte Taras mit derselben heiseren Stimme in die Stille hinein, „beten wir für ihn!“ Er schlug das Kreuz und sprach mit bleichen Lippen das Vaterunser, die anderen sprachen es nach.
„Nun kommt!“ Sie verließen die Stube, riefen die ausgestellten Posten herbei und bestiegen am Pförtchen die Kofse.
Das Ansehen des Hetmanns war noch immer fahl und schreckhaft starr.
„Wie sollen wir Dir danken?“ sagte der Richter demüthig.
„Mir keiner Silber!“ erwiderte Taras dumpf. „Denn wenn ich es nur um Euretwillen getan hätte, dann — dann müßte mein nächster Schuß aus dieser Pistole meinem eigenen Haupte gelten.“
Er gab seinem Kofse die Sporen und sprangte dem Pfarrhof zu.
Die Schar des Nachts stand zum Aufbruch bereit.
„Wir haben drei Tote“, meldete der Jude. „Von den Soldaten sind vierzehn erschlagen. Troch aller Vorhilt!“
„Haben wir Verwundete?“ unterzuckte ihn der Hetman.
„Nein! Nur ein Mann hat einen leichten Streichschuß, kann aber mitreiten!“
„Dann kommt! Unsere Toten müssen wir hier lassen!“
Sie ritten im schärfsten Trab ab, zuerst auf der Höhe gegen Kolomea. Dann bogen sie zur Rechten in die Weite, woglose Heide ab und erreichten nach ansehnlichem, fast sechsständigem Mäts das Dörfchen Nagorno, o's eben das bänne Städtchen der Dörfliche zu Witsch lautete.
Es ist dies ein eckter, rechter Heideort mit wenigen, weithin verstreuten, ärmlichen Gehöften, zu welchen nur dürftige Acker- gärten, und liegt mitten in jener unfruchtbaren Hochebene, welche sich zwischen den beiden tiefen Einschnitten des Ruzsch und Gernaw- tals strekt.

und werden einzelne Vertreter ihrer Organisationen auch zu den geschlossenen Versammlungen und den Ausschüssen zugelassen. Daß die Arbeiter bei dieser Gelegenheit auch wagen, in Wort mitzusprechen, wird offenbar als Ermahnung empfunden, denn auf dem vorgigigen Katholikentage kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen einigen Gewerkschaftsführern und denen, die sich in ihrer Gemächlichkeit ge-
hört sahen.

Trog dieser Konzeptionen spielen, wie im Zentrum überhaupt, so auch auf den Katholikentagen die katholischen Arbeiter eine bemerkenswerte Rolle. Sie werden überall da, wo es zu raten und zu taten gilt, immer noch als die Heberflüssigen und Gebildeten betrachtet, und es zeugt für die Rückständigkeit dieser Schichten, daß sie sich der kläglichen Rolle nicht bewußt werden und ihre Selbstständigkeit hingeben für die Gunst, im Festzuge mitzumachen und bei Hintergründen stellen zu dürfen für die Glorie der Größen auf der kirchlichen Schaubühne.

Seit der Kulturkampf beendet ist, seit das Zentrum seinen Frieden mit der Regierung gemacht und die katholische Bourgeoisie sich so leidlich in die bestehenden Verhältnisse hineingefunden hat, ist immer mehr eine Frage in die Mitte der Katholikentage gerückt: der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Um diese Frage drehen sich in der Tat die Verhandlungen der letzten Katholiken-Versammlungen; in allen Reden war zu vernehmen: der Umsturz bedroht die bestehende Gesellschaft, und nur die Kirche oder — was dasselbe bedeutet — das in ihrem Namen auftretende Zentrum kann der drohenden Gefahr abhelfen.

Der gewaltige Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl wird den Machern der kirchlichen Politik in Köln Gelegenheit geben, den Umsturzplan mit verstärkter Regilität erörtern zu lassen. Allerdings sollte die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auch in Zentrumsgewand bedeutende Erfolge errungen hat, vor der Unmöglichkeit bewahren, sich als die Heuer vor dem „Umsturz“ aufzuhalten. Aber man kennt die Taktik der Kirchengötter. Sie werden sagen: daß nur deshalb die Sozialdemokratie zugenommen habe, weil der Kirche nicht die ihr gebührende Freiheit gegeben, weil die Erziehung der Jugend nicht in religiösem Geiste geleitet, weil unser öffentliches Leben, weil Kunst und Wissenschaft in unchristliche Bahnen geraten sei. Und unsere Regierungen sind töricht genug, aus Furcht vor dem Sozialismus den ultramontanen Ansprüchen entgegenzukommen, d. h. die kirchliche Reaktion zu stärken.

In dieser Hinsicht verdient der Kölner Katholikentag besondere Beachtung. Die Jubelfeier der kirchlichen Reaktion, die mit der feudalen Reaktion so eifrig und so brüderlich Hand in Hand arbeitet, zeigt uns das Zentrum auf der Höhe seiner Macht; wir haben alle Ursache, diesen gefährlichen und mächtigen Feind in all seinen Regungen zu beobachten. Das Zentrum wirkt mit allen, äußerlichen und nichtigen Mitteln, das wird sich auch auf dem Kölner Katholikentage offenbaren. Aber diese Mittel sind kein Rechner für die Verfassung des kirchlichen Erfolges. So lange Trägheit, Rückständigkeit und Beschränktheit noch eine Macht bedeuten, kann man an ihnen nicht achlos vorübergehen; man muß mit ihnen rechnen, man muß sie kennen, wenn man sie bekämpfen will.

Politische Uebersicht.

Zur Landtagswahl in Breslau. Unsere Auseinandersetzung über die Absichten der Breslauer Sozialdemokratie hat sowohl in der konservativen wie in der liberalen Presse Beachtung gefunden. Die „Schlesische Zeitung“ freut sich über den entschiedenen Ton, der gegenüber dem Freisinn angeklungen wird, als ob nicht unsere Partei seit fünf Jahren keinen Zweifel darüber gelassen hätte, daß wir bei den Neuwahlen auf die Abtretung eines Mandates bedehen. Die „Breslauer Morgenzeitung“ findet das von uns gezeichnete Bild über den Stand der Parteimeinungen zutreffend, enthält sich aber sonst jeder Äußerung. Am meisten Beachtung verdient ein Artikel der „Breslauer Zeitung“, welcher sich mit den Forderungen der Sozialdemokratie beschäftigt und in seiner Forderung sämtlich alles hinter sich läßt, was auf diesem Gebiete schon geleistet worden ist. Statt der Parteigezogenheit die Situation klar zu schildern und die Pflichten, die ihrer warten, mit aller Strenge vorzuführen, predigt die „Bresl. Ztg.“ schon jetzt ihren Getreuen, daß sie es nicht riskieren brauchen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. In einem gegen Barth gerichteten Artikel schreibt der fasslich bekannte Herr Dr. Dehße:

Herr Barth stellt dabei die Forderung auf, von freisinniger Seite nur solche Wahlmänner zu kriegen, die sich von sozialdemokratischen Ansichten abhalten. Herr Barth, der offenbar noch nicht weiß, daß bei der Wahl für Landtagsmandate nicht nur die Wahlmänner, sondern auch die Wähler eine Rolle spielen, stellt sich die Sache etwas zu hoch, als ob in allen Bezirken ein großer Fortschritt an freisinnigen Wahlmännern zu verzeichnen wäre, bei denen man sich die Beizung und die Hilfe der Arbeiter gemächlich herausnehmen könnte. Die Hebe Garbeit mag sich ausführen lassen, daß das z. B. hier in Breslau bei etwa 1500 Wahlmännern, die wir etwa in Zukunft haben werden, vielleicht im günstigsten Falle bei 800-900 zu geben mag. Die übrigen Bezirke sind aber zu bescheiden, als daß sie ein solches politisches Gewicht ausüben könnten. Herr Barth hat die Forderung gemacht, die Wähler sollten sich nicht durch die Forderungen der Sozialdemokratie verleiten lassen, sondern sich an die Forderungen der konservativen Partei halten. Ich würde hier als Beispiel nur den gesamten Stand der Parteimeinungen anführen.

Sobald aber ist bei den gesamten Parteimeinungen der Herr Barth noch ein übersehen. Es geht nämlich aus unzweifelhaft aus den Forderungen, die aus prinzipiellen Gründen nicht erfüllt werden können für einen Sozialdemokraten. Nebenbei bemerkt, welche von den Parteigenossen des Herrn Barth hier in Breslau noch nicht im geringsten davon wissen, daß die Sozialdemokratie eine Partei ist, die sich nicht für einen gewählten Parteimitglied annehmen kann, die in der Verfassung des Reichstages eine Rolle spielt, die in der Verfassung des Reichstages eine Rolle spielt, die in der Verfassung des Reichstages eine Rolle spielt.

Arbeitnehmer die Herren der Arbeitgeber sein sollen, die sich daraus ergebenden, vielfach unerträglichen Zustände in den Fabriken und in den Werkstätten lassen die erdrückende Mehrheit der kleineren und kleineren Arbeitgeber in der Sozialdemokratie einfach ihren Todfeind erblicken. Ich behaupte, daß von den kleineren und mittleren und größeren Arbeitgebern in Breslau sich noch nicht der Hunderte bereit finden würde, öffentlich oder heimlich die Sozialdemokratie bei der Wahl zu unterstützen.

Das einfachste Gebot der Anständigkeit hätte die freisinnige Führung verpflichtet müssen, etwa wie folgt ihre freisinnige Gefolgschaft anzureden:

Ihr wißt, daß der Breslauer Freisinn seine Mandate in den letzten fünf Jahren der freisinnigen sozialdemokratischen Hilfe verdankt. Die Arbeiterpartei war so nobel, was zu unterstützen, ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Sie wird natürlich nicht so dumm sein, dies in aller Ewigkeit zu tun, sondern auch einmal ihren berechtigten Anspruch reklamieren. Es ist nur billig, daß wir ihnen einen Sitz von den drei Breslauer Mandaten abtreten, denn nach der Stimmenzahl bei der Reichstagswahl haben sie eigentlich zwei zu beanspruchen. Die Erfüllung dieses Wunsches ist zwar nicht leicht, denn ein Teil unserer Wahlmänner kann aus Sorge um ihre Existenz nicht öffentlich dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme geben. Diese Parteigenossen sollten sich für ihre mangelhafte Gleichberechtigung bei dem Wahlakt dadurch rächen, daß sie uns unabhängige Wahlmänner suchen helfen, damit wir nicht ausfordern brauchen, schon in der Umwahl dem sozialdemokratischen Wahlmann die Stimmen zu geben. Zunächst besetze man die 1. und 2. Abteilungs. Sind die Parteigenossen in dieser wichtigen Arbeit lässig, dann kann es passieren, daß die Groß- und Handwerksvereine in Breslau durch Heerplüge und Mittelstandsströmer im Landtag vertreten ist. Also auf! An die Arbeit! Das darf auf keinen Fall geschehen! Hand in Hand mit der freisinnigen Arbeiterpartei gegen die Reaktion!

Das ist das mindeste, was wir vom Freisinn zu verlangen haben. Statt dessen spricht Herr Dr. Dehße den vor fünf Jahren sehr willkommenen Wahlhelfern ins Gesicht, indem er die berechtigige Forderung mit Anrempelung unserer Prinzipien beantwortet. Und mit welchen Beweisen belegt die „Bresl. Zeitung“ die Unmöglichkeit eines solchen Zusammengehens? Seltener ist uns eine größere Reichfertigkeit und Oberflächlichkeit begegnet. Die Volkspartei hat bei den Reichstagswahlen reichlich 500,000 Stimmen erhalten. Davon mögen circa 100,000 aus Hirsch-Dunderschen und anderen freisinnigen Arbeiterkreisen stammen, doppelt so viel aus den Kreisen der jüdischen Geschäftswelt etc. Diese beiden Kategorien sind durchaus bündnisfähig. Unter den übrig bleibenden befinden sich dann eine Menge Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer usw., jedoch von den geizigen Arbeitgebern kleiner, mittlerer und größerer Art innerhalb der freisinnigen Reihen herzlich wenig übrig bleiben. Diese Leute befinden sich ja gar nicht im freisinnigen, sondern im anti-freisinnigen Lager. Von den Bürgern aber, die bei den öffentlichen Wahlen freisinnig wählen, nimmt ein großer Teil bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch. Sie können bei geschickter Operation zu den Landtagswahlen vorzüglich verwendet werden — wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Aber die Welt hat sich gedreht. Während die kirchliche „Köln. Volksztg.“ die „Nationalztg.“ und das „Verl. Ztbl.“ es für erwünscht halten, daß die größte Partei Deutschlands nicht länger aus dem preussischen Parlamente ausgeschlossen bleibe, bemüht sich die freisinnig-volksparteiliche „Bresl. Ztg.“, aus dem Weg dahin zu verlegen. Der famose Leitartikel hat eine andere Diktion in petto:

Ich glaube, daß die bevorstehenden Landtagswahlen doch wohl auf einer anderen Basis aufgebaut werden können. Wir wollen vielmehr Anstrengung machen, um die immer noch liberalen Elemente, die weiter rechts von uns stehen, an jene Elemente von Bildung und Besitz, denen das politische und das pflanzliche Regiment, wie es im vorläufigen Abschnitte der Reichstagswahl zu ersehen ist, nicht mehr alle ihre Schritte des Bürgerrechts zu erhalten, welche die Entwicklung freisinniger Ideen und nicht dem Fortschritt verwehren können. Die Reichstagswahlen sind nur ein Mittel, um die freisinnige Partei innerhalb der Reichstagswahl zu stärken und die liberalen Elemente zu verdrängen, was die politische und ultramontane Mehrheit mit ihren unchristlichen Lehren, namentlich auch auf dem Gebiete der Schule und der Kirche, alles, was noch halbwegs liberal sieht, zu ganzem Unrecht zusammenbringt.

Na, viel Vergnügen, brave Volkspartei, im Bande mit den „Rechtschreibern“. Da die Nationalliberalen in Breslau für diesen Bund schon seit Jahren gewonnen sind, kann der neue Hüchling nur noch ins freisinnig-konservative Lager gedrückt sein. Wir leben mit Vergnügen dem Tage entgegen, wo die freisinnigen Herren den „Judenknechten“ den verdienten Tribut verabreichen werden. Denn hier brauchen die Herren den Freisinn nicht, hier sind sie allein stark genug. Die Dehße'sche Beiseit sollte mit folgender Beleidigung:

Will die Sozialdemokratie nicht übereinstimmend mit der Theorie der Kampfes noch einen Streit, mit der Theorie des Kampfes gegen den Sozialismus und für die Reaktion, der Schicksal machen, so wird weder Dr. Barth noch ein anderer so daran hindern können. Die Frage würde dann nur sein, in welchem Umfange und wie lange die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich tatsächlich in der Rolle als Schulbuben der Reaktion wahlweise lassen.

Da mit dem Verfasser so sichtlich alles in Breslau fertig ist, von der äußeren Rechts bis zur äußersten Linken, so erlauben wir uns, darauf die gebührende Antwort zu geben.

Nach hegen wir die Hoffnung, daß die freisinnigen Führer am Ort einfügiger sind, als die Hege der allerdings vollständig einflusslosen „Breslauer Zeitung“.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Leib, ist am Sonnabend Nachmittag verhaftet worden. Gegen ihn soll bekanntlich ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung und großen Unfug, begangen in einem Artikel „Die Kaiserinsel“ eingeleitet werden. Auf die Entdeckung dieser Sache darf man sehr gespannt sein.

Die Reichs-Geldkammer. Die Aufhebung, daß der Staatssekretär des Innern, Freiherr v. Thielmann, das nach dem nicht vorhandenen Reichsbudget seinen Namen führt, sein Parteistück dem Reichstag zur Verfügung gestellt hat, wird kaum irgend jemand überraschen werden.

haben. Mit dem Anwachsen der Reichsschulden geht ein steigender Bedarf für den Militarismus zu Lande und zu Wasser parallel. Woher das Geld nehmen und nicht stehlen? Der Freiherr von Thielmann will offenbar das Feld, auf dem einem Reichsfinanzgenie à la Miquel die Lorbeeren erröthen könnten, auf deren Erwerb der scheidende Schatzminister begrifflicher Weise keinen Wert legt, freudig einem andern überlassen. Der aussichtslose Kampf mit dem chronischen Reichs-Dalles ist nicht jedermanns Sache. Man muß dazu der Reichstagsopposition gegenüber eine Tüchtauer-Umkleidung und dem Volke gegenüber ein steinernes Herz haben. Denn wo immer auch die Geldausmachsine bei dem braven deutschen Volke angelegt werden wird: wenn die Attacke auf das Portemonnaie des Steuerzahlers ausgiebig ausfallen soll so müssen gerade wieder die wirtschaftlich schwachen, breiten Massen des Volkes bluten. Denn die im Reichstage ausschlaggebenden Fraktionen werden als Vertreter der besitzenden Klassen der Einführung einer Reichseinkommensteuer oder, um eine Steuererhöhung überhaupt zu vermeiden, einer Verminderung der Ausgaben für Heer und Marine jetzt so wenig zustimmen wie früher. Außerdem werden sich die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat nach allen bisherigen Erfahrungen nicht dazu entschließen, die finanziellen Eigen-Schwierigkeiten der Bundesstaaten dadurch zu vergrößern, daß sie die Quellen ihrer direkten Steuern an zweiter Stelle vom Reiche anbohren lassen.

Die ganze Kunst des noch zu entdeckenden Reichsballes-Beschwörers, des Miquels der nächsten Zeit, wird also hauptsächlich darin bestehen, den Reichstag für eine Erhöhung der Bier- oder Tabaksteuer gefügig zu machen. Die Natur dieses Verfahrens, wenn es gelingt, wird gemäß der Natur der indirekten Steuern abermals der minder wohlhabende Teil des Volkes zu tragen haben.

Diese neue Bürde den Schultern der ohnedies schwer bedrückten Massen des Volkes aufzuladen, ist anscheinend wider den Geschmack und das menschliche Gefühl des Freiherrn von Thielmann. Darum geht er. Diese Gründe, wenn wir sie richtig gekennzeichnet haben, ehren ihn.

Zum Nachfolger des Freiherrn von Thielmann ist anscheinend berufen der bisherige bayerische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr von Stengel. Wieder ein „Freiherr“.

Es ist zum Schreien! Die Amtshauptmannschaft Pirna hatte eine freisinnige Wahlerversammlung in Gottleuba verboten, obwohl sie vorschriftsmäßig angemeldet worden war, weil der Einberufer, Schneidermeister Hofe, Obmann des Militärvereins und Distriktsarmenvorsteher, nicht den schriftlichen, behördlichen Nachweis erbracht hatte, daß er im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und disponitionsfähig sei. Die eingeleitete Beschwerde des Lehrers Bede-Dresden, des freisinnigen Reichstagskandidaten für den Pirnaer Wahlkreis, hat die Kreisshauptmannschaft Dresden für bedenklich gefunden und entschieden:

Nach § 3 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 sind zwar zur Berufung von Versammlungen nur diejenigen berechtigt, welche disponitionsfähig sind und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, und ist hiernach die zuständige Polizeibehörde formell berechtigt, vom Einberufer einer Versammlung den Nachweis zu verlangen, daß er die erwähnten Eigenschaften besitzt. Allein von dieser formellen Befugnis haben die Polizeibehörden einen sachlich angemessenen Gebrauch zu machen. Es ist dies im Gesetz vom 22. November 1850 nicht besonders ausgesprochen, folgt aber aus allgemeinen, auch bei Handhabung dieses Gesetzes zu beobachtenden Rechtsgrundsätzen. Hiernach würde die Amtshauptmannschaft Pirna berechtigt gewesen sein, vom Schneider Hofe als Einberufer der auf den 5. Juni d. J. in Gottleuba anberaumten Wahlerversammlung vor Abhaltung der Versammlung den Nachweis der Dispositionsfähigkeit und des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte zu verlangen, wenn der Amtshauptmannschaft gegen das Vorhandensein dieser Voraussetzungen begründete Zweifel beigegeben wären. Herr Hofe bietet aber die eigenen Angaben dieses, deren Glaubwürdigkeit von der Amtshauptmannschaft selbst nicht bestritten wird, sowie die sonstigen Umstände nicht den geringsten Anhalt. Er scheint aber hiernach das Verlangen der Amtshauptmannschaft sachlich nicht begründet, so kann es auch weiterhin nicht gebilligt werden, wenn die Amtshauptmannschaft die oben erwähnte Veranlassung verboten hat, weil Hofe diesem unbegründeten Verlangen nicht nachgegeben ist.

Als Illustration unserer vaterländischen Versammlungsrechte sehr beachtlich!

Dr. Barth und die Landtagswahlen. Zu der neuesten Nummer der „Nation“ schreibt Dr. Theodor Barth:

Bei einem planmäßigen Zusammenwirken zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten können der rechtsstehenden Parteien sehr wohl ein bis zwei Dutzend Mandate abgenommen werden. Andererseits, so führt Dr. Barth in der „Nation“ in einem Artikel „Die Freisinnigkeit und die preussischen Landtagswahlen“ näher aus, ist es so gut wie unmöglich, daß, wenn die Freisinnigen mit der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie ausbleibt, und die Sozialdemokratie an dem proklamierten Grundsatze festhält, eigene Wahlmänner anzustellen und diese dann nicht zu Gunsten der freisinnigen Kandidaten unterwerfen zu lassen, die Freisinnigen um wenigstens ein Drittel ihres bisherigen Bestandes geschwächt werden. Ich will den Zweck nicht in näheren Umrißen an die Wand malen. Die erhabenen Politiker der freisinnigen Volkspartei werden bei Durchführung der Zukunftsverhältnisse in den von der Volkspartei bisher noch gehaltenen Wahlkreisen schon wissen, daß diese Verhältnisse freisinnig zu überdenken sind. Gerade diejenigen, welche sich so viel darauf anstellen, keine Illusionspolitik zu sein, sollten sich klar machen, daß die Sozialdemokratie das Schicksal zahlreicher freisinniger Mandate in der Hand hat. Für die freisinnige Vereinigung hilft das nur für zwei oder drei Mandate zu. Die freisinnige Volkspartei ist, sowohl was die möglichen Gewinne bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wie die möglichen Verluste bei unrichtiger Kooperation anbelangt, in sehr viel höherem Grade beteiligt als die freisinnige Vereinigung. Ich betrachte diese ganze wichtige Frage aber überhaupt nicht vom Standpunkte einer einseitigen Parteipolitik aus. Da die Wählerkreise der Freisinnigen in allen Wahlkreisen, welche für sie in Betracht kommen, mit den Wählerkreisen der freisinnigen Volkspartei im Ganzen liegen, so würde ein einseitiges Vorgehen der freisinnigen Vereinigung kaum irgendwo zu einem ersprießlichen Resultat führen. Unter solchen Umständen erscheint eine planmäßige Verabredung über ein Zusammenwirken zwischen der Sozialdemokratie und den beiden freisinnigen Gruppen freisinniger Parteien als die einzige Lösung, die im Kampfe gegen die Reaktion bei den bevorstehenden Landtagswahlen größere Erfolge und schwere Mißerfolge anschlüsselt. Ich untersuche darü-

aus nicht die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um die freimüthigen Wählerkreise von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zu überzeugen. Aber ich bin trotz dieser Schwierigkeiten davon überzeugt, daß, wenn die Parteivorstände beider freimüthigen Gruppen für ein solches Zusammenwirken resolut eintreten, auch die Wählerkreise mitgehen werden."

Dr. Barth verheißt sich allerdings nicht, daß nach Lage der Dinge das Zustandekommen einer solchen allgemeinen planmäßigen Abmachung wenig Wahrscheinlichkeit hat. "Um das Schlimmste zu verhüten", fährt er fort, "sollte deshalb das Bestreben wenigstens darauf gerichtet sein, die Möglichkeit einer Verständigung mit den Sozialdemokraten nach den Wahlmännern in den einzelnen Wahlkreisen dadurch offen zu halten, daß die freimüthigen in denjenigen Wahlkreisen, bei denen eine stärkere Kraftentfaltung seitens der Sozialdemokratie zu erwarten ist, nur solche Wahlmänner aufstellen, die gewillt sind in der Lage sind, auch unter der Herrschaft der öffentlichen Abstimmung eventuell für einen sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten."

Wie wir wiederholt betont haben, ist es Sache der Wähler, die Parteileitungen zu einer Verständigung mit der gesamten Linken zu veranlassen.

Eisenbahnkatastrophen. Angesichts der sich in erschreckender Weise mehrenden furchtbaren Eisenbahnkatastrophen klagt im Hinblick auf die sächsischen Verhältnisse eine bemerkenswerte Zuschrift an das "Leipz. Tagebl.", daß zwar die mechanischen Sicherheitseinrichtungen (Blocksystem, Stellwerk) ganz vorzüglich seien, daß aber an dem nötigen Personal gespart werde und derartige wichtige Apparate vielfach im Nebenamt bedient würden:

Wo bei der Bedienung angelegt ist, dürften diese nicht in einer Weise nebenher beschäftigt werden, daß sie ihrer eigentlichen Funktion nicht die nötige Zeit und Sorgfalt zuwenden könnten. Wenn ein Blockwärter zugleich Bahnwärterdienst, ein Stellwerkwärter zugleich den Dienst eines Rangierers, Pufferes, Streckenarbeiters usw. zu versehen habe, so bringe das Betriebsgefahren in sich. Ein solcher Mann müsse von Stillschließungen begünstigt sein, wenn ihm nicht einmal ein folgenreiches Versehen in seinem Dienste unterlaufen solle. Geschiehe aber ein Unglück, dann weiß man ihn nach, daß er gegen bestimmte Vorschriften gefehlt habe und der Staatsanwalt bemächtigt sich seiner, ohne viel danach zu fragen, ob es auch menschlich möglich gewesen, den Vorschriften allenthalben Genüge zu leisten. Auch die praktische Ausbildung des Eisenbahnpersonals, für die kein Pfennig im Staatshaushalt vorgesehen sei, ließe viel zu wünschen übrig und den Eisenbahnpraktikern sei ein weit größerer Einfluß im Eisenbahnorganismus einzuräumen.

Das ist dasjenige, was der Eisenbahnerverband und die sozialdemokratische Presse schon seit Jahren behauptet. Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete würden in diesen Dingen viel Gutes wirken können.

Lohnbewegung der Pfarret. In Koburg war am Mittwoch und Donnerstag ein allgemeiner deutsch-englischer Pfarretvereinstag, auf dem auch allerlei weltliche Dinge verhandelt wurden. Wenn auch die Herren Pastoren ihren Gläubigen raten, nicht Schätze zu sammeln, die der Hoff und die Wollten heissen, so wollen wir es ihnen dennoch nicht weiter verübeln, daß sie selbst trotzdem anständige Bezahlung fordern. Wer eines Pfarrers bedarf, der muß auch etwas dafür bezahlen, denn auch der Pfarrer lebt nicht vom Brot allein. Wenn es sich also bloß um die Forderung guter Bezahlung an sich handelt, hätten wir die Herren ruhig gewähren lassen. Da gegenüber es doch etwas seltsam, daß evangelische Pfarrer von Juden und Dissidenten bezahlt sein wollen.

Es entspann sich bei der Gehaltsangelegenheit eine Auseinandersetzung darüber, ob man die Ausbringung der geforderten Gehalts-erhöhungen den Gemeinden oder dem Staate auferlegen solle. Gegenüber der von einigen Rednern geäußerten Ansicht, man solle die Erhöhungen den Gemeinden auferlegen, wurde lebhafter Widerspruch laut; man will vielmehr die Erhöhungen aus Staatsmitteln fordern. Das begründete unter anderem der Pfarrer Busch aus Dillankau in Ostpreußen nach dem vorliegenden Bericht so:

Auch die ostpreussischen Gemeinden sind schon viel zu sehr belastet, als daß man ihnen noch weitere Umlagen zumuten kann. Wen würde man denn auch schließlich dadurch entlasten? Doch nur die Juden und Dissidenten.

Daß der Pfarrer aus Ostpreußen nicht allein steht, beweist das "Sehr richtig!", das der Bericht an dieser Stelle verzeichnet. Der Mann hat allerdings nur mit anerkanntester Offenheit ausgesprochen, was ist. Die Anwendung allgemeiner Staatsmittel für kirchliche Zwecke bringt es mit sich, daß die christlichen Gläubigen abgibt werden aus den Taschen der Juden, Dissidenten, Mohammedaner, Siden und sonstigen Ungläubigen, die im Staate leben und Steuern zahlen müssen. Aber daß die evangelischen Geistlichen diesen Zustand gerade für so wünschenswert halten, hatten wir bisher nicht angenommen.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Göttingen ein 22-jähriger Mann wegen 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte, nach der "Frankf. Ztg.", am Karfreitagstage und zwar, nachdem er soeben zum Soldaten ausbezogen war, in Bezug auf den Kaiser schwer beleidigende Äußerungen getan.

Begnadigung. Dem Richter des bekannten Landratsbüros in Grimmen, das seinerzeit bei der liberalen Siegesfeier nach der Wahl des Abgeordneten Gotheis gefangen wurde, Heidecker Brandt, ist die ihm am 27. Oktober v. J. von der Greifswalder Strafkammer zuekannte vierwöchige Gefängnisstrafe in Festungshaft umgewandelt worden.

Erhebungen über Automobilunfälle haben die beteiligten preussischen Minister angeordnet. Alle Unfälle mit tödlichem Ausgang, Körperverletzung, Sachschädigung sowie alle Zusammenstöße mit Straßenbahnen und anderen Fahrzeugen sollen registriert werden. Als Norm ist die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 1. September 1903 festgesetzt worden.

Die Erhebungen dürften mit der Absicht der Schaffung eines Automobil-Gesetzes zusammenhängen.

Ueber den Stand der Darmkrankheit im Oberbergamts-Bezirk Dortmund schreibt der "Reichsanzeiger":

Bis jetzt ist die mikroskopische Untersuchung der ganzen unterirdischen Belegschaft für 34 Wochen beendigt, auf einer noch größeren Zahl von Gruben von den Bewohnern freiwillig ausgeführt worden. Auf den übrigen Gruben finden der am 13. Juli erlassenen Bergpolizei-Verordnung zufolge Stichproben der Untersuchung, d. h. eine mikroskopische Untersuchung von 20 Prozent der unterirdischen Belegschaft statt.

Begleich der von den Blättern gebrachten Meldungen über die Darmkrankheit in Oberschlesien schreibt der "Reichsanzeiger" weiter, die Untersuchung im Juni habe bei drei anwesenden gekommenen Arbeitern das Vorhandensein des Bakteriums ergeben. Von diesen hatten zwei italienische Arbeiter ihre Entlassung genommen, der dritte sei inzwischen für gesund befunden worden.

Sie kommt nicht. Wir haben wieder einmal richtig prophezeit. Die "Korb. Allg. Ztg." schreibt, daß noch keinelei Unterlage für die Annahme gegeben ist, die sogenannte Kanakonlage werde binnen kurzem die Volkswirtschaft auf neue beschäftigen. Die sogenannten Agrarier können ruhig sein.

Inland.

Nord Salisbury. Der ehemalige englische Ministerpräsident, Lord Salisbury ist Sonnabend Abend gegen 9 1/2 Uhr gestorben. Robert Arthur Lubbock Gascoigne Cecil Marquis v. Salisbury wurde am 8. Februar 1830 in Halifax geboren und erhielt seine Bildung in Eton und Oxford. Schon im Jahre 1853 wurde er in das Unterhaus gewählt. Er schloß sich dort den Tories an und es gelang ihm bald, sich durch seinen Geist und seine Kenntnisse, besonders aber durch seine schlagfertige Rednergabe im Unterhause eine hervorragende Stellung zu erobern. Im Jahre 1866 übernahm er in Derby's Regierung das Ministerium für Indien; trat aber schon im März 1867 zurück, weil er mit der von seinen Kollegen eingebrachten Reformbill nicht einverstanden war. Im Jahre 1874 übernahm er, nachdem Disraeli nach dem Sturz Gladstones wieder aus Indien gekommen war, abermals das Staatssekretariat für Indien. Im Jahre 1878 wurde er zum Minister des Auswärtigen ernannt und vertrat in dieser Eigenschaft als zweiter Bevollmächtigter neben Beaconsfield England auf dem Berliner Kongress. Nach dem Wahlsiege der Liberalen im Jahre 1880 trat Salisbury mit Beaconsfield von seinem Amte zurück und führte als Leiter der konservativen Partei im Unterhause die Opposition gegen Gladstone. Nach dessen Sturz im Jahre 1885 trat er als Premierminister und Minister des Auswärtigen an die Spitze der englischen Regierung.

Als die Liberalen bei den Wahlen im Jahre 1892 siegten, mußte er Gladstone weichen und er trat wieder an die Spitze der Opposition, die er so erfolgreich führte, daß Lord Rosebery, der Nachfolger und Schüler Gladstones, ihn im Jahre 1895 das Feld räumen mußte. Salisbury übernahm in dem neuen konservativen Kabinett, in das auch die Führer der Unionisten eintraten, wieder den Vorsitz und das Ministerium des Auswärtigen. Bei den Neuwahlen zum Unterhause gewann die Regierung eine große Majorität, der Einfluß Salisbury's trat aber in dem Kabinett, das seinen Namen führte, immer mehr zu Gunsten des Kolonialministers Chamberlain zurück, der bald die Seele des Kabinetts wurde und auf dessen Initiative alle wichtigeren Entschlüsse des Ministeriums Salisbury zurückzuführen sind. In der Weise dafür sei hier nur auf den Burenkrieg verwiesen.

Am 11. Juli 1902 folgte Salisbury dem Beispiele, das ihm vor acht Jahren der greise Gladstone gegeben hatte. Er zog sich vom öffentlichen Leben zurück, weil die Zeit der Ruhe für ihn gekommen war. Für einen englischen Premierminister war das etwas früh, denn er war erst 73 Jahre alt, während sein berühmter Rivale Gladstone sich noch in seinem 84. Lebensjahre entschlossen hatte, sein letztes Kabinett zu bilden. Der Rücktritt Salisbury's erfolgte damals etwas überraschend, da er nicht einmal die Krönung König Eduards abgewartet hatte. Auch sein Gesundheitszustand war damals nicht schlecht. Es heißt, daß ihn hauptsächlich der Kummer um den Tod seiner Gattin zum Rücktritt veranlaßt habe.

Salisbury, der seit dem Tode Beaconsfields unstreitig der bedeutendste konservative Staatsmann Großbritanniens war, ist in vier Regierungen zusammen 13 1/2 Jahre Ministerpräsident gewesen; er hat mit Ausnahme von Lord Liverpool, der es auf 14 Jahre brachte, länger als irgend ein anderer britischer Staatsmann im 19. Jahrhundert dieses Amt bekleidet.

Lord Salisbury's Nachfolger wird sein Neffe Lord Balfour. Aber auch unter Balfour stellt Chamberlain nach wie vor die Seele des englischen Kabinetts dar.

Aus Magdeburg. Ueber Veranstellungen und Plünderungen zahlreicher Dörfer — angeblich mehr als 50 — in den Kreisen Rügenow, Verhe, Monastir, Schrida und Florida, wodurch einige Tausend Bulgaren und zahlreich Griechen, sowie Rigow-Bulgaren obdachlos geworden sein sollen, liegen sichere und genaue Einzelheiten in Konstantinopel nicht vor. Nach eingelaufenen Nachrichten fanden jedoch in vielen dieser Dörfer Brandstiftungen, Verfolgungen oder Ueberfälle aus dem Hinterhalte gegen Truppen statt.

Die Lage in Ostasien spielt sich nach einem Petersburger Telegramm der "Köln. Ztg." wiederum zu. Selbst in der Wandschurei, so wird gemeldet, zeigen die Chinesen jetzt eine an Frechheit grenzende Dreistigkeit gegen die Russen. Das Landvolk halte sich zwar in gehässigen Worten, die häßliche chinesische Besatzungstruppe jedoch eine geradezu herausfordernde Haltung zur Schau. In Sibirien seien auf den Befehlshaber der Truppen Steine geschleudert und Soldaten überfallen worden, jeder Russe werde mit Schimpfreden überschüttet. Auch trete der Geist der Anlehnung gegen ihre eigene Regierung unverhüllt hervor. Ganz offen erklärten die Chinesen, bis zum letzten Aufstand sei es ihnen unbekannt gewesen, daß der Kaiser nur dem Namen nach regiere und die Kaiserin-Mutter die Fügung der Regierung führe. Sie begriffen jetzt sehr gut, wie die Katastrophe in Belgrad gekommen sei, und auch in China werde die Ruhe nicht mehr lange andauern.

Partei-Angelegenheiten.

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion. Auf Grund der nach dem neuen und besten Aufnahmen in vorzüglichem Druck hat die Buchhandlung Vorwärts ein Fraktionsbild (Kartongröße 57x77 Zentimeter) herausgegeben, das einen hübschen Zimmermann für jedes Arbeiterheim abgibt und unsere Parteigenossen empfohlen werden kann. Der Einzelpreis ist 60 Pf., Porto 30 Pf. Das Fraktionsbild ist in jeder Parteibuchhandlung zu haben und durch jeden Kolporteur und Zeitungs-ausdräger zu beziehen.

Die Stuttgarter Versammlung, die sich mit dem Parteitag beschäftigt, nahm folgenden Antrag an: § 9 Ziffer 2 unseres Statuts ist dahin abzuändern, daß zur Teilnahme am Parteitag nicht sämtliche Reichstags-Abgeordnete, sondern nur eine Abordnung der Reichstags-Fraktion berechtigt ist. Die Zahl der dafür zu entsendenden Genossen soll der Parteitag festlegen.

Die Elberfelder Parteigenossen beschloßen, dem Parteitag folgende Anträge einzubringen:

1. Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: "Die deutsche Reichsrechnung im Zivil- und Militär-Estrafrecht."

2. Der Parteitag möge beschließen: "Die Fraktion wird beauftragt, bei der kommenden Session des deutschen Reichstages unverzüglich die Anträge auf Befreiung des Reichstags-Verordnungs-Paragrafen und die Schaffung eines ausserordentlichen Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes zu wiederholen."

3. Der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen: "Bei den kommenden Wahlen zur sozialen Versicherungs-Gesetzgebung energisch dafür einzutreten, daß alle im Interesse der Versicherten geschaffenen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten."

4. Die Fraktion möge im Reichstag baldigst erneut den Antrag betreffend den Achtungstag einbringen."

In den bürgerlichen Berichten über die Münchener Parteiverammlung bemerkt die dortige "Tagespost":

Die Versammlung war nur Parteigenossen zugänglich, der bürgerliche Bericht hat sich mehr erkundete als gewußt. Der Standpunkt der Redner gegen die Bismarck-Preussischen Vorschläge äußerte sich weder in heftigen noch in leidenschaftlichen Angriffen. Insbesondere die Debatte über die Bismarck-Preussische Frage bewegte sich auf durchaus sachlichem Boden, von dem mit feiner Silbe abgewichen wurde. Was der Berichterstatter mit der "Fotierung Bernsteins" meint, ist von uns nicht begriffen worden.

In einer Dresden-er Parteiversammlung referierte Genosse Bloch über den Parteitag und berührte dabei die Präsidentenfrage. Er meint, daß die Debatte über diese Angelegenheit der Partei nichts schaden könne und stelle fest, daß in der Partei keine Stimmung dafür besteht, die alten Gebrauche mitzumachen, die nach seiner Ansicht den Charakter einer Duldung tragen. Diesen Ausführungen stimmte die Versammlung zu.

Wichtig ist, daß auch in Dresden folgender Antrag einstimmig angenommen wurde: "Der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung zu setzen: 'Die Reichstags-Wahlen und die daraus resultierenden Aufgaben für unsere Partei.' mit dem Gesagten Debatte abzuhalten und Genossen Bismarck als Parteipresidenten."

In Riga ab. wandte sich Genosse Boote unter lebhafter Zustimmung gegen den Bernsteins-Paragrafen. Genosse Boote hält im Volksblatt für Anhalt den Besuch beim Kaiser an und für sich für erlaubt, wenn bei demselben nicht eine Unterordnung unserer Parteigenossen unter böhsches Regiment erwirkt werden wird.

Sozialistische Gemeindevahlfrage In Riga bei Friedberg regte in der dritten Wahlklasse die sozialdemokratische Liste mit 78 gegen 59 nationalliberale Stimmen. Von 870 Wahlberechtigten stimmten jetzt 140 ab. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Wahlzeit von 1/2 Uhr bis 1 1/2 Uhr festgesetzt und für die Arbeiter sehr unglücklich war, da viele Wähler auswärts beschäftigt sind. Mehr Genossen sind gewählt.

In Riga regten unsere Genossen auch bei den Erstwahlen der dritten Klasse mit großer Majorität, so daß jetzt 22 Sozialdemokraten im Bürgerausschuß sind und Genosse Stegmüller in den Gemeinderat vorschlagen werden.

Parteitags-Delegierte aus Preußen.

Genosse Bebel teilt mit, er habe die Absicht, auf dem Parteitag in Dresden anzuregen, daß gleich nach Eröffnung der Geschäfte desselben die aus Preußen amwesenden Delegierten zu einer Besprechung über die preussischen Landtagswahlen zusammentreten möchten.

Da es sich hierbei möglichenfalls um eine Verlängerung des Aufenthalts der betreffenden Delegierten um einen halben oder ganzen Tag handeln könnte, so bringen wir die Absicht Bebel's hierdurch zur Kenntnis der beteiligten Genossen.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Textilarbeiter in Grimmitzhan ist nicht mehr zu vermeiden gewesen. Am Dienstag hatten die Fabrikanten abgelehnt, das Gewerbeamt als Einigungsamt in Funktion treten zu lassen. Gleichzeitig ließen sie an die Arbeiter die Aufforderung ergehen, sich bis Mittwoch Abend mit der Zurückziehung der Kündigung einverstanden zu erklären. Davon konnte bei den Arbeitern keine Rede sein; am Donnerstag Abend sollten erst fünf Versammlungen tagen. Am Donnerstag versuchte Stadtrat Dr. Busch nochmals, eine Verständigung herbeizuführen. Derselbe besprach sich mit dem Vertreter der Arbeiter zuerst. Die Arbeiter hatten von Anfang an versichert, daß sie etwas Entgegenkommen zeigen würden. Der Stadtrat machte den Vorschlag, die Arbeitszeit um drei Viertel Stunden zu verkürzen und die Löhne um 6 Prozent zu erhöhen. Des lieben Friedens Willen erklärten sich die Vertreter der Arbeiter bereit, vom Streik abzuraten, wenn die Unternehmer wenigstens so viel bewilligen würden. Die Hoffnung auf eine friedliche Schlichtung der Differenzen war aber eine unangebrachte. Die Unternehmer boten nur eine Verkürzung der Arbeitszeit um 15 Minuten. Die Arbeiter hätten aber unter der Hand schon gehört, daß dafür nicht mehr gestattet werden solle, sich Mittags und Abends kurz vor der Beendigung der Arbeitszeit zu waschen. Zu den fünf Versammlungen am Abend war der Andrang ein so gewaltiger, daß Absperzung erfolgte. Die vier Versammlungen im Stadtgebiet wurden von der Polizei aufgelöst. Die überwachenden Beamten hatten, wie sie später erklärten, Anweisung erhalten, die Versammlung aufzulösen, wenn aus wärtige Redner sprechen würden. Nur der Vorsitzende des Verbandes, Hübsch, konnte in einer Versammlung, die im Landbezirk stattfand, sprechen. Die Auflösungen riefen große Erregung hervor.

In allen Versammlungen hatten Mitglieder des Arbeiterausschusses ihren Bericht erstattet. In vier Versammlungen gelangte auch die vorgelegte Resolution einstimmig zur Annahme. In derselben wird zum Ausdruck gebracht, daß das Angebot der Unternehmer, die Arbeitszeit nur um eine Viertelstunde zu verkürzen, unannehmbar sei. Es werde an der Forderung des Behn's und des 2. Tages und gehobener Lohnverhöhung festgehalten. In der Hoffnung auf die tatkräftige Unterstützung der deutschen Arbeitererschaft werde der aufgezwungene Kampf mutig aufgenommen. Am Sonnabendmorgen ist die Arbeit von 7500 Arbeitern und Arbeiterinnen nicht wieder aufgenommen worden. Auch die Heizer und Maschinenführer nehmen am Streik teil. Bezug von Textilarbeitern ist streng ferngehalten.

In 52 Webereien, 26 Spinnereien, einer Trilagenfabrik, zwei Gerbereien und zwei Hälsenfabriken ruht der Betrieb. In den streikenden Fabriken kommen noch 1500 Heimarbeiter, die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen sind, sodas im ganzen 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen feiern.

Das Resultat der Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für die Berliner Töpfer, soweit sie im Verband der Töpfer Deutschlands organisiert sind, wurde in einer am Freitag Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagenden, sehr zahlreich besuchten Versammlung bekannt gegeben. Danach haben sich von 1309 abgegebenen Stimmen 762 für und 543 gegen die Einführung ausgesprochen. 4 Stimmen waren unglücklich. Die erforderliche Zweidrittel-Majorität ist also nicht erreicht worden. Daraus berichtet Herr Kronfeld über die bisherigen Tarifverhandlungen mit den Meistern.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 24. August 1903.

Für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhanse ist die Bezirkserteilung der Stadt Breslau bereits fertiggestellt. Die Veröffentlichung derselben erfolgt aber, dem "Bresl. Gemeindebl." zufolge, erst nach Beendigung des Tages der Wahl durch den Minister des Innern. Schon vorher werden, soweit dies mit dem Geschäftsgang in den zuständigen Bureaus vereinbar ist, Abschriften der Bezirks-Erteilung gegen Erstattung der Selbstkosten erteilt. Selbstverständlich wird dabei keine Gewähr übernommen, daß nicht noch einzelne Änderungen in der Bezirks-Erteilung vorgenommen werden.

Wir teilen den Distriktsführern des Sozialdemokratischen Vereins mit, daß in den nächsten Tagen ihnen die Bezirke zugewiesen werden.

Vom Hochwasser. In allen Pegeln von Oberlausen der Ober bis hinunter nach Kottwitz oberhalb Breslau ist ein Fallen des Wassers eingetreten. Die Pegel zeigte am Sonntag den höchsten Stand mit 4,43 Meter am Unterpiegel. Kottwitz hatte als Höchststand gestern 3,53 Meter, drei Zentimeter über die Ausuferungshöhe, zu verzeichnen. In Breslau fiel das Wasser am Sonntag ununterbrochen, bis es Abends 10 Uhr einen Stand von + 1,48 Meter am Unterpegel erreicht hatte und hielt sich die ganze Nacht und Montag Vormittag noch auf dieser Höhe. Die Welle hat sich auf ihrem Wege stark verflacht. Ein Abfließen ist hier erst am Montag nicht zu konstatieren.

Zum Laurahütter Wahlprozess. Wie aus Kattowitz gemeldet wird, ist am Mittwoch, den am Laurahütter Krawall Beteiligten die auf Aufrührer und Erregung eines Auflaufes lautende Auftragschrift zugegangen. Angeklagt sind 66 Personen, darunter ein Mediziner des „Gornostajal“ als Räbelführer, sowie der Vater und ein Bruder des Reichstagsabgeordneten Korfanty. 29 Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Geladen werden 54 Zeugen, die Verhandlungen werden voraussichtlich 3 Tage dauern.

Die Wurmfraukheit in Oberschlesien ist durch italienische Arbeiter, die vorher in westfälischen Bergwerken gearbeitet hatten, eingeschleppt worden. Es dürfen daher italienische Arbeiter dafelbst, nach der „N. Pol. Korrespondenz“, nur nach einer im Lazarett vorgenommenen genauen ärztlichen Untersuchung in Beschäftigung genommen werden.

Wer waren die Mütter? Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir in der Donnerstag-Nummer einige polizeiliche Mitteilungen über Automobil-Unfälle und sprachen unsere Verwunderung darüber aus, daß der Polizeiberichterhatter die Namen der „zweifellos den vornehmen Kreisen angehörenden Mütter ängstlich verschweigt.“ Unser Redakteur Genosse Mehrle in wurde heute auf das Polizeipräsidium geladen, wofelbst ihm Herr Polizeirat Zuder zur Information mitteilte, daß es sich nicht um Mütter aus vornehmen Kreisen handle, sondern um solche aus Handwerksmeister- und den Kreisen kleiner Geschäftsleute. Die Recherchen seien noch nicht abgeschlossen, infolgedessen und mit Rücksicht auf die ganze Sachlage habe man die Namen nicht veröffentlicht. Wir geben diese Information hierdurch an unsere Leser weiter.

Schwere Gewitter in Niederschlesien. Nach längerer drückender Schwüle kamen Sonnabend Abend in Niederschlesien schwere Gewitter zum Ausbruch: Aus Bunsau schreibt man: „Das erste Gewitter erfolgte Abends zwischen 8 bis 9 Uhr. Sturmwind erloschen der westliche und nördliche Horizont im Scheine der rasch aufeinander folgenden Blitze und unter heftigen Donnererschlägen prasselten große Regenmassen hernieder. Am Mitternacht wiederholte sich das Gewitter in verstärktem Maße. Es war, als ob vier Gewitter gleichzeitig gegeneinander kämpften. Die Blitze zuckten noch heller und der Donner schlug krachend durcheinander. Gegen 1 Uhr veränderte der Sturm unsere Feuerwehr, daß der Blitz im Stadtbereich eingeschlagen. Er hatte die etwa fünf Minuten östlich von der Stadt auf einer Anhöhe getreten, im Jahre 1874 erbauter Holländermühle des Müllers Wünder entzündet, deren Dache und Jambau in kurzer Zeit ein Haub der Flammen wurden. Die Feuerwehr vermochte nichts anzurichten: es gelang nur einige Säcke Mehl zu retten. Das mehrere Meter schwere Mädelbrach durch die vier Etagen des Turmes, der jetzt nur noch eine Ruine bildet. Das Gewitter soll noch in vielen anderen Orten unseres Kreises Brandschäden hinterlassen haben: so werden Brände infolge Blitzaufschlages aus Thomasmaldan, Lichtenwaldan und Jäschwig gemeldet. Im Dorfe Waldig trüb ein Blitz in die Deltung des Feldgärtner's Pflanzens hernieder. Der Pflüger und dessen 3-jähriger Vater lagen während des Gewitters am Tische, während die Frau in einem Gebetsstuhle saß. Der herniedergehende Strahl traf den 3-jährigen Greis und triebte ihn tot: die beiden anderen Personen wurden leicht betäubt. Als sie sich erholten, bemerkten sie zu ihrem Schrecken, daß der Vater erschlagen war und das Beugnis in hellen Flammen stand. Es gelang ihnen, den Leichnam ins Freie zu schaffen und aus dem Stalle das Vieh zu retten. Im übrigen verbrannten mit dem Anlichteren Familien: Pöckelgärten der so schwer betroffenen Leute. Mit der Schauer, die aus Wolkenhaufen angeblau war, verbrannten auch die dreijährigen Ernteträger, sowie Wagen u. dgl. m. — Ein dritter Blitz traf eine Kerkung in Dobran ohne zu zünden. Lichtschneie, die während des Gewitters aufgingen und zweifellos von Blitzaufschlügen herrührten, wurden noch in der Richtung nach Siegersdorf und Aschikan bemerkt.“

Aus Grünberg schreibt man, daß dort Sonnabend Abend zwischen 7 und 8 Uhr ein schweres Unwetter, von Südwesten kommend, über die Stadt ginz. Die Blitze zuckten unter wolkentrübenartigem Regen unaufhörlich und gewaltiger Donner durchdröhnte die Luft. Die niedergeschlagenen Regenmassen waren so heftig, daß viele

Strahlen in Eren umgewandelt. Vohlenbelege fortgeschwunden und Präden weggerissen wurden. Die elektrische Lichtleitung von Eichdorf nach Grünberg hat noch nie so schwer unter Gewittern zu leiden gehabt, wie diesmal. Da das Wetter der Hochstromleitung folgte, so erklärt es sich, daß der Blitz die Leitung mehr als 30 Mal getroffen hat. Die argen Witzgefahr angebrachten Vohlenbelegeleiter an den Masten der Hochstromleitung haben sich gut bewährt. Einen seltenen Anblick gewöhnten die oft 1/2 Meter langen Vohlenbelege an jenen Schutzvorrichtungen. Zwei Masten wurde zerstört. Dadurch wurde Kurzschluß erzielt, wodurch ein Mast innerhalb der Stadt zu brennen anfing. Der Brand mußte ausgelegt werden.

Die hohen Obppreise machen das Obst, dessen Genuss so außerordentlich gesundheitsdienlich ist, für immer weitere Kreise zu einer köstlichen Delikatesse. Von Jahr zu Jahr gehen die Preise in die Höhe, die Qualität des auf den Markt gebrachten Obstes aber verschlechtert sich derartig, daß selbst für den hohen Preis kein gutes und schmackhaftes Obst erhältlich ist. Die Ursache dieser bedauerlichen Verhältnisse liegt darin, daß die besseren Obstqualitäten in großen Mengen nach England exportiert werden, wo sie mit dem den Engländern zur Verfügung stehenden billigen deutschen Zucker, den die Engländer dank unserer agrarischen „nationalen“ Wirtschaftspolitik für 18 Pfg. pro Pfund erhalten, während der gutmütige deutsche Konsument 32 bis 36 Pfg. dafür zahlen muß, eingemacht und dann dem dummen Deutschen für schweres Geld wieder aufgehängt werden. Ersatz für die von Jahr zu Jahr sich steigende Ausfuhr deutschen Obstes wäre nur dadurch zu schaffen, daß der Import böhmischen, französischen und italienischen Obstes erleichtert wird. Statt dessen ist die agrarisch beeinflusste Zollgesetzgebung in gerade entgegengesetzter Richtung tätig, denn sie erschwert durch hohe Zölle und allerlei Zollschikanen die Zuführung gesunden und billigen Obstes. Auf der einen Seite wird der Inlandsmarkt durch eine schrankenlose Ausfuhr von Obst emblöhrt, auf der anderen Seite wird der Ersatz dieses Verlustes durch die Verhinderung der Einfuhr unzulässig gemacht. Auf diese Weise wird eine „Obstnot“ im Inlande erzeugt, die für die heimischen Konsumenten außerordentlich schädlich ist, während die ausländischen Konsumenten mit billigen und gutem Obst versorgt werden. Das nennt man „nationale Wirtschaftspolitik.“

Die Predianer Wagh- und Schlichtgesellschaft konnte Anfang dieses Monats auf ihr einjähriges Bestehen in Breslau zurückblicken. Die Gesellschaft kann heute die stattliche Anzahl von ca. 200 ihrer nächsten Verwandten anvertrauten Grundbesitzern, Fabrikanten und Geschäftskollegen aufweisen. Aus dem Jahresbericht über die Tätigkeit der Waghorgane dürften folgende Angaben von allgemeinem Interesse sein: 18.861 stammende Hausfluren wurden nach Abrechnen der betreffenden Grundstücke verpfändet, in 231 Fällen obdachlose Fremdlinger erwirbt und der Polizei übergeben, 25 unverschuldete Geschäftslokale vorgenommen, in 20 Fällen das nächtliche Räden durch Eingreifen der Branden verhindert, 91 Einbrüche, Diebstähle und unzulässige Sachbeschädigungen rechtzeitig entdeckt, 105 Personen den unbefugterweise geführten Passsüß lüel entzogen, über 100 Wahnwörter und unverschuldete Gestaltungen zur Weidung gebracht, 2 Personen bei Ausübung unzulässiger Handlungen in Haus- und Treppentritten angetroffen und in ungesetzlichen Fällen den Polizeibeamten assistiert und verunglückten Personen Hilfe geleistet.

Feuer. Sonnabend Abend 11^{1/2} Uhr gerieten infolge fehlerhafter Schornsteinanlage Viktoriakstraße 34 in einem im Vordergebäude nach dem Hofe zu gelegenen Bodenraum die Dachschalung, Sparren, Bretterdeckel, Fußboden, Zwischendecke, ein Balken, die Deckenabdeckung nach dem 4. Stock und der Jambau der Bodenraum als Welle, Möbel, Doppelkammer, Körbe und Hüften in Brand. Das Feuer wurde gelöscht durch etwa 45 Mitarbeiter-Schlammung von der Gaspolizei Nr. 5, welche später mit dem Hydranten Nr. 2499 verbunden wurde und ca. 15 Minuten Wasser gab.

Bermittelt wird seit dem 19. d. M. die 22 Jahre alte Kaufmannstochter Frieda Roth, welche Fürstenstraße 8 gemohnt hat. Sie ist vermählt mit einem Mann, roter Blase, hellgrünem Unterrod und Schweißschweiß betleidet. Anzeichen hat sie sich ein Leid angetan. — Seit demselben Tage wird die 30 Jahre alte Frau Emma Brischke, Lehndamm 7, vermisst. Dieselbe trägt einen grauen Rod, schwarze Hüte und schwarze Pant.

Unfälle. Am 20. d. M., Nachmittags, waren vor einem Neubau an der Fortuna-Ballen abgeladen worden. Ein vier Jahre

alter Knabe kletterte auf den Balken unter, als einer derselben ins Rollen kam und dem Knaben auf den Leib fiel. Der Knabe mußte in der Hal-Klinik untergebracht werden. — Ein Arbeitsschische fiel von einem Getreidewagen und erlitt einen komplizierten Schädelbruch. — Einem Arbeiter wurde durch die Siebmaschine der rechte Arm zerquetscht. — Einem Arbeiter wurden durch die Drehschmaschine die Finger der linken Hand zerquetscht. Diese Verunglückten fanden im Krankenhaus der Varnberger Brüder Aufnahme.

Letzte Nachrichten.

Wahlprotest.

Die Reichstagswahl in Thorn-Kulm wird, wie das „V. T.“ aus Thorn meldet, jedenfalls angefochten werden. Es ist festgestellt, daß eine große Anzahl der in Preußen gebildeten Ueberläufer russischer Staatsangehörigkeit sich unbefugt an der Abstimmung beteiligt hat. Da der Pole Dreißigst nur mit 29 Stimmen Mehrheit gewählt, dürfte der Wahlprotest von Erfolg sein.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 22. August.
Heirats-Ankündigungen. I. Tischler Wilhelm Feubner, ev., Bohrauerstr. 7, und Vertha Köhler, ev., Gubenstr. 28. — Holzer Heinrich Hartmann, ev., Alexanderstr. 29, und Maria Kinnalt, ev., Alexanderstr. 38. — Bahnarbeiter August Mairwald, ev., Bohrauerstr. 77, und Theresia Genbriol, kath., Bohrauerstr. 43. — Kutscher Ernst Malige, ev., Klosterstr. 100, und Vertha Teuber kath., Klosterstr. Nr. 100. — Geschäftsführender Adolf Friedländer jüdisch, Gräblichenerstr. 25, und Klara Nachmann, jüd., Goethestr. 61. — Kutscher Johann Duschek, kath., Königgräberstr. 14, und Mathilde Sultiga, ev., Cadowstr. 2. — Wirtin Luowig Wiewert, ev., Mollwitzerstr. 16, und Rosalie Kattner, ev., Taubenienplatz Nr. 10 b. — Heizer Wilhelm Jenger, ev., Deuten D. S., und Klara Siegmair, ev., Dorwerkstraße 75. — IV. Monteur Hermann Presgott, ev., Gieselerstr. 16, und Selma Monis, kath., Gräblichenerstr. 8. — Sattler Wilhelm Wichert, ev., Sonnenstr. 32, und Hedwig Schaar, kath., Trinitasstr. 12. — Kutscher Bernhard Parische, katholisch, Gräblichenerstr. 72, und Ida Franke, katholisch, Zimmerstraße 9. **Geschließungen** I. Zimmergefelle Wilhelm Jenger, ev., Obblauer Chaussee 72, mit Marie Katschinski, geb. Patte, ev., hier. — Arbeiter Georg Süßker, kath., Gubenstr. 98, mit Christiane Franzel, kath., hier. — Schlossergefelle Arthur Gschmann, katholisch, Georgenstr. 8, mit Emma Torck, ev., Gubenstr. 95. — Schlossergefelle Franz Scholz, kath., Sedanstr. 30, mit Maria Herrmann, kath., Wabnitz. — Schlossergefelle Paul Sigosch, kath., Weizenburgerstr. 23, mit Ida Künzel, ev., Wilschstraße Nr. 13. — Arbeiter Johann Boehmig, ev., Lehngasse 11, mit Anna Klüner, katholisch, Paulinenstr. 18. — Eisenleger Gustav Wagner, kath., Gubenstr. 94, mit Anna Wolf, ev., Jochenstr. 26. — IV. Bauarbeiter Wilhelm Münch, ev., Döckstr. 7, mit Louise Herrmann, ev., Döckstr. 9. **Werkstätten.** I. Schneider Josef Heimlich, kath., Tochter. — Monteur Vincenz Jendrowski, kath., I. — Tischler Karl Maruste, kath., I. — Arbeiter Robert Winkler, ev., S. — Rärner Wilhelm Menchen, ev., S. — Eisenhölzer Paul Sabich, ev., I. — Arbeiter Arnold Schöned, ev., S. — Buchbinder Hermann Wittner, kath., S. — Schuhmacher Franz Curimann, kath., S. — Postknecht Hermann Viertel, ev., I. — Arbeiter Traugott Wolf, ev., S. — Bahnarbeiter Ernst Michalle, ev., I. — Kutscher Karl Werner, ev., S. — Handlungsgeselle Gustav Baier, ev., I. — Brenner Paul Wiesel, kath., I. — Maschinenarbeiter Ernst Häsel, ev., S. — Hanshölzer Paul Richter, ev., S. — Arbeiter Karl Sandmann, ev., S. — Eisendreher Paul Wegner, ev., S. — Eisenbahnschaffer Emil Lindner, ev., S. — Knechtlicher Paul Reid, kath., Tochter. — Haushälter Robert Mairwald, ev., I. — Arbeiter Paul Sandner, kath., S. — Schmiedegeselle Paul Hellmann, ev., S. — Schmiedegeselle August Seibert, ev., I. — Arbeiter Johann Kaja, katholisch, I. — Schlossergefelle Johann Verbst, ev., I. — Zimmergefelle Karl Sacher, ev., I. — Güterbodenarbeiter Paul Katschel, ev., S. — Barbier Max Haase, kath., S. — Schmiedegeselle Friedrich Adler, ev., S. — Arbeiter August Koffel, kath., I. — Tischler Bruno Hennig, ev., I. — IV. Arbeiter Max Wehler, ev., I. — Heizer Karl Thunig, ev., S. — Figurenhändler Giovanni Bonugli, kath., I. — Maurer Wilhelm Warus, ev., I. — Werkführer Paul Pohl, ev., S. — Schuhmacher Josef Hauck, kath., Tochter. — Eisendreher Gustav Scherner, kath., I. — Arbeiter Karl Kugnard, ev., I. — Drehschler Heinrich Müller, ev., S.

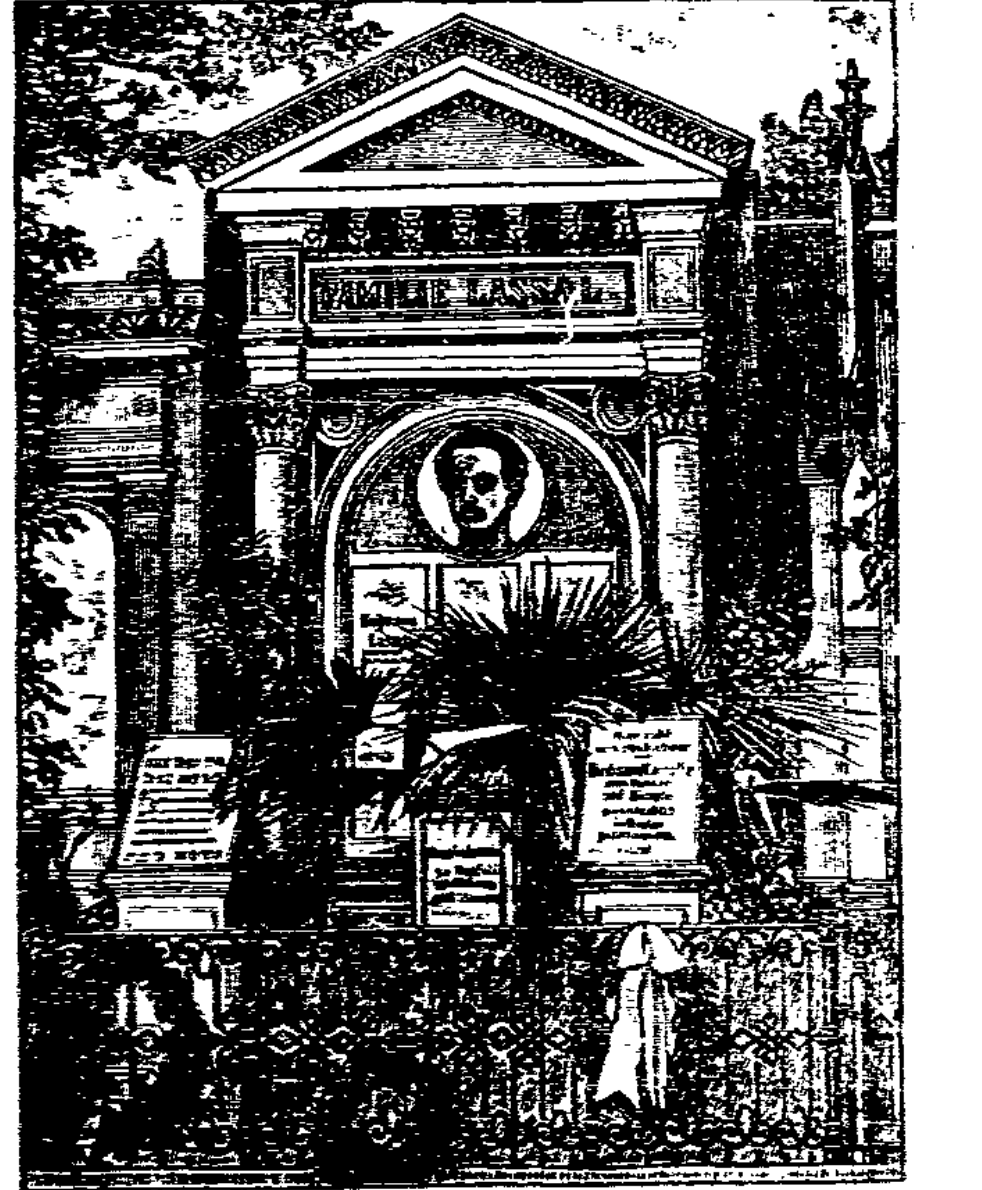
Obmann der Prekkommission: Hermann Zimmer, Margarethenstraße Nr. 17, II.

Verspätet.
 Am 21. d. Mts. verschied nach kurzen aber schweren Leiden unser Mitarbeiter, der Vorredner:
August Schön
 im Alter von 47 Jahren.
 Derselbe war uns ein treuer Kollege und verdient ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Mech. Schuhfabrik R. Dorndorf.
 Beerdigung: Montag nachmittags 11^{1/2} Uhr am Wenzel Hancke'schen Hospital nach Herdain. 1903

Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17.
 Sonnabend, den 29. August 1903:
8. Stiftungs-Fest
 veranstaltet vom **Central-Verband der Bauhilfsarbeiter.** Lokalität: Brahm unter gütiger Mitwirkung von Mitgliedern der Freies Turnerschaft.
 Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Entrée: Herr incl. Dame 60 Pfg., einzelne Dame 30 Pfg.
 Gäste sind hierzu freudigst eingeladen.
 Die Musikführungen werden von Musik-Dirigenten Herrn H. Lücke ausgeführt. 1903
 Um zahlreichen Besuch bitten **Das Fest-Komitee.**

Reste
 feinste Herrenstoffe.
Reste
 feine Bau-Konf.-Stoffe
Reste
 Serge, Satin-Aermelfutter, Koper, Plüschelinen.
Carlspatz 2, 1. Etg.

Edwin Delahon, Neumarkt 6
 Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 103.
Rum-, Spirit- u. Liqueurfabrik
 Import von erstem Rum, Arac, Cognac
 en gros en détail. 621



Grabstätte Ferdinand Lassalle's
 Preis auf feinem Carton 20 Pfg., auf extra feinem Carton 30 Pfg.
 Ankaufs-Postkarten pro Stück 5 Pfennige.
 Zu beziehen durch unsere Erbedition und Goldbarriere.

Neues Sommer-Theater.
 Montag, den 24. August 1903:
 Abschiedsvorstellung und **Bruch** von **Hermann Vallentin**
 Königl. Hofchauspieler vom Hoftheater in Wiesbaden.
 Nur einmalige Vorstellung.
„Der Viberpelz“.

Achtung! Dominikaner.
 Tägliche: **Wilh. Eyle's Leipziger Sänger**
 Dir.: Eyle & Schmidt.
 Montag 7^{1/2} Uhr, Freitag 10^{1/2} Uhr.

Buchhandl. „Vollmacht“.
 Alle deutschen Reichsgesetze, Richter-, Zivil- und Strafrecht.
 Die Bibel, ihre Entzählung und Geschichte v. Tommas Wimmermann.
 Moses oder Baruch von Dr. A. Dohal.

Bücher- und Pflanzentausch
 recht und am liebsten aus erster Hand bei **Gebr. Schreiber**, Buch- und Pflanzentausch.
 Bücherei- und Pflanzentausch.
 Bücherei- und Pflanzentausch.
 Bücherei- und Pflanzentausch.

5 Pfg. - Sumatra - Cigarren
 prächtige Qualität, vorzüglich in Brand u. Geschmack.
 100 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
 empfiehlt gegen Nachnahme
Cigarren-Fabrik Ernst Lampke.
 Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
 Breslau, Koenigsplatz 11, am Oderthorbahnhof.
 Filialen: Hauptstraße 16, Gde. Zdenkauer,
 Sumatras 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77,
 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die besten in der Welt
Nähmaschinen
 für Familie und Gewerbe
 empfehlen
Whehle & Kegel
 Erste Schles. Nähmaschinen-Fabrik
 Tauentzienstr. 25.
 Gegr. 1874. Telefon 2534 Gegr. 1878.